

Wohlfahrtswirkungen eines konsumsteuerfinanzierten bedingungslosen Grundeinkommens

Ein einfaches ökonomisches Beispiel

VON DR. MARTIN BARBIE¹, DIPL. RER. POL. TECHN. TOBIAS LINDNER¹ UND PROF. DR. CLEMENS PUPPE¹

¹ Institut für Wirtschaftstheorie und Operations Research (WIOR)

In jüngster Zeit wurde der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, d.h. einer staatlichen Transferzahlung, die jeder Bürger unabhängig von seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen erhält, in der Öffentlichkeit und den Medien viel Aufmerksamkeit geschenkt. Finanziert werden soll dieses Grundeinkommen für alle durch eine (massive) Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens führen als Vorteile an, dass dadurch mehr individuelle Freiräume geschaffen würden, die Menschen nicht mehr als Bittsteller und Fürsorgeempfänger gegenüber dem Staat auftreten müssten, und schließlich dass das Grundeinkommen die angemessene Modernisierung des Sozialstaates in Zeiten unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und gebrochener Erwerbsbiographien sei.

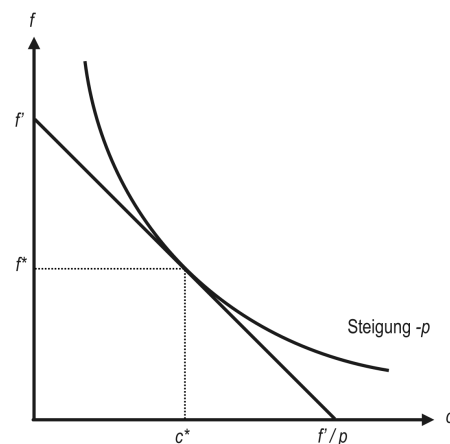
Kritiker des Konzepts führen unter anderem die negative Anreizwirkung eines solchen Grundeinkommens an, d.h. der Anreiz zu arbeiten, wenn man bereits zuvor eine Transferzahlung erhält, könnte sinken.

Weiterhin wird oftmals angeführt, dass vor allem in grenznahen Regionen Kaufkraft ins Ausland abfließen könnte, wenn die Mehrwertsteuer hierzuland erhöht würde.

Hier soll ein weiterer ökonomischer Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion bisher keine Rolle gespielt hat, hinzugefügt und mit Hilfe eines einfachen Haushaltsmodells aus der Grundstudiumsvorlesung VWL-1 erläutert werden. Dabei geht es um die Wohlfahrtswirkungen eines Grundeinkommens, also um die Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen Haushalten mehr Nutzen stiftet als die heutige Situation oder ob ein Grundeinkommen für alle vielleicht sogar negative Wohlfahrtswirkungen hat.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle bedeutet, dass der Staat in weit größerem Umfang als heute Transferzahlungen an die Bürger leisten muss. Diese Transferzahlungen müssen durch Besteuerung (in diesem Fall durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer) finanziert, also den Bürgern zunächst einmal "entzogen" werden. Jeder, der eine ökonomische Grundausbildung erhalten hat, erinnert sich aber daran,

dass diese so genannte verzerrende Besteuerung, also Besteuerung, die die relativen Preise "künstlich" verändert, im allgemeinen zu Wohlfahrtsverlusten führt. Der Grund ist, dass die künstlich veränderten Preise nicht mehr die Knappheit der Ressourcen widerspiegeln und somit eine effiziente Zuteilung der Ressourcen verhindern. Nun ist zur Finanzierung bestimmter staatlicher Aufgaben wie der Bereitstellung wichtiger öffentlicher Güter verzerrende Besteuerung zumindest politisch unumgänglich. Keinesfalls dürfen aber die durch den Wohlfahrtsverlust erzeugten Kosten in der politischen Diskussion verschwiegen werden. Diese Kosten scheinen im Fall des be-



▲ Abbildung 1: Nachfrage ohne Grundeinkommen

dingungslosen Grundeinkommens erheblich, wie die folgende einfache Analyse im Rahmen des grundlegenden mikroökonomischen Haushaltsmodell aus dem Grundstudium nahelegt. Dabei wollen wir untersuchen, ob sich der Nutzen des Haushalts durch ein Grundeinkommen für alle verbessert oder verschlechtert.

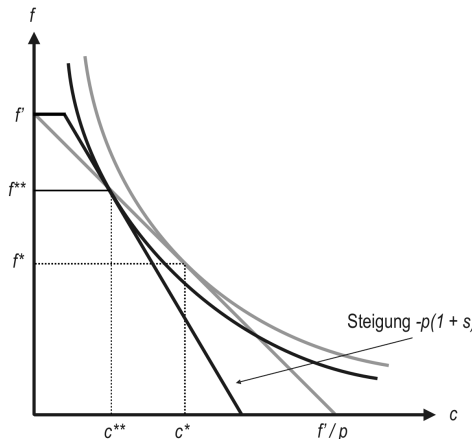
Das Beispiel

Wir betrachten der Einfachheit halber einen repräsentativen Haushalt, der Standardpräferenzen über Konsum und Freizeit hat, d.h. steigenden Nutzen aus dem Konsum dieser beiden „Gütern“ zieht und dessen Präferenzen darüberhinaus streng konvex sind. Die Betrachtung eines repräsentativen Haushalts, also eines fiktiven ökonomischen Agenten, der die Gesamtheit der Haushalte „im Mittel“ darstellen soll, ist dadurch gerechtfertigt, dass wir uns im Rahmen unseres einfachen Beispiels nur mit den aggregierten Wohlfahrtseffekten und nicht mit den Verteilungseffekten des bedingungslosen Grundeinkommens beschäftigen wollen. Die Erstausrüstung des Haushalts besteht aus der ihm zur Verfügung stehenden Zeit f . Ist f die Freizeit, die er tatsächlich „konsumiert“, so arbeitet er $f-f$ Zeiteinheiten und erhält bei dem auf 1 normierten Arbeitslohn also $f-f$ Geldeinheiten. Der Preis des Konsumgutes sei p . Damit ist das Haushaltsproblem in einer Situation ohne Grundeinkommen durch

$$\begin{aligned} \max_{c,f} u(c,f) \\ \text{u.d.N. } pc + f = f \end{aligned} \quad (1)$$

gegeben. Dieses Problem hat unter den getroffenen Annahmen eine eindeutige Lösung, die wir mit (c^*, f^*) bezeichnen. Mit anderen Worten: in der Situation ohne Grundeinkommen fragt der Agent c^* Einheiten des Konsumgutes und f^* Einheiten Freizeit nach. Das Haushaltsproblem und seine Lösung sind in Abbildung 1 dargestellt.

In der Situation mit Grundeinkommen ändert sich das Haushaltsproblem wie folgt: der Haushalt muss nun für eine Einheit des Konsumgutes einen Preis von $p(1+s)$ zahlen, wobei s die neu (bzw. zusätzlich) eingeführte Mehrwertsteuer ist. Dafür erhält der Haushalt das Grundeinkommen, also



▲ **Abbildung 2: Nachfrage mit und ohne Grundeinkommen**

einen Transfer in Höhe von T . Damit lautet das neue Haushaltsproblem also:

$$\begin{aligned} \max_{c,f} u(c,f) \\ \text{u.d.N. } p(1+s)c + f = f + T \end{aligned} \quad (2)$$

Wir bezeichnen mit (c^{**}, f^{**}) die Lösung von (2), also die Nachfrage nach Konsum bzw. Freizeit mit dem Grundeinkommenstransfer. Da der Staat das Grundeinkommen T aus dem (zusätzlichen) Mehrwertsteueraufkommen psc^{**} bestreiten muss, muss der Mehrwertsteuersatz s so gewählt werden, dass gilt

$$T = psc^{**}, \quad (3)$$

wobei c^{**} (wie oben) die durch die Einführung des Grundeinkommens und die neue Mehrwertsteuer s induzierte Konsumnachfrage ist. Aufgrund der Gleichung (3) und der Nebenbedingung in (2) muss gelten:

$$p(1+s)c^{**} + f^{**} = f + psc^{**},$$

also nach Vereinfachung

$$pc^{**} + f^{**} = f,$$

d.h. die Lösung des Problems (2) liegt auf derselben Budgetgerade, die die Nebenbedingung des Haushalts in Problem (1) bil-

det. Mit anderen Worten: die optimale Konsum-Freizeitkombination mit dem Grundeinkommen (c^{**}, f^{**}) liegt in der Budgetmenge des Haushalts ohne die steuerliche Maßnahme eines Grundeinkommens mit gleichzeitiger Mehrwertsteuererhöhung (Siehe Abbildung 2). Durch die (höhere) Mehrwertsteuer fällt jedoch die Budgetgerade stärker, was wiederum bedeutet, dass die einzige Indifferenzkurve, die die Gerade tangiert, zu einem niedrigerem Nutzenniveau gehören

muss. Das bedeutet aber sofort, dass der Haushalt durch die verzerrende Steuer einen Nutzenverlust erleidet. In anderen Worten: Der Haushalt wäre besser gestellt, wenn er kein Grundeinkommen erhalten würde und dafür weniger Mehrwertsteuer zahlen müsste.

Fazit

Unser einfaches Beispiel soll und kann selbstverständlich kein abschließendes Urteil über ein bedingungsloses Grundeinkommen liefern. Mit der obigen Analyse möchten wir auf zwei Dinge aufmerksam machen: Erstens sind die grundlegenden mikroökonomischen Modelle, wie sie in den volkswirtschaftlichen Grundvorlesungen vermittelt und gelehrt werden, geeignete Werkzeuge um wirtschaftspolitische Ideen wie das bedingungslose Grundeinkommen zu untersuchen. Zweitens soll aufgezeigt werden, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen im einfachsten möglichen ökonomischen Modell unzweideutig negative Wohlfahrtswirkungen nach sich zieht. Es mag sein, dass die Verteilungseffekte des Grundeinkommens als so positiv eingeschätzt werden, dass sie die hier beschriebenen negativen Wohlfahrtseffekte überwiegen. Diese negativen Effekte aber zu ignorieren oder zu verschweigen wäre unverantwortlich. ■